

ANKE BUTSCHER / CLEMENS KRÜHLER

Stationen eines Desasters

Zwei Jahre Ortega-Regierung in Nicaragua

Auch die Kommunalwahlen im November 2008 wurden von den regierenden Sandinisten unverhohlen verfälscht, wie überhaupt unter dem im Stile eines Caudillos regierenden Daniel Ortega die Aushöhlung demokratischer Institutionen und Spielregeln enorm zunimmt. Die korrupte PLC spielt mit, und allmählich geraten auch die freien Medien ins Wanken.

Noch bevor am 9. November vergangenen Jahres die Kommunalwahlen über die Bühne gingen, schlug der sandinistische Bürgermeisterschaftskandidat Manuel Calderón mit einem Knüppel auf Demonstranten und Polizisten ein. Im Januar ist er als neuer Bürgermeister Leons in sein Amt eingeführt worden – mit angeblich 51,4 Prozent der Stimmen. Die Demonstration in Leon war von Oppositionsgruppen angemeldet und von der Polizei genehmigt worden. Die Demonstranten befürchteten eine unfaire Wahl, ihre Zweifel wurden am 9. November durch monströse *Wahlfälschungen* bestätigt. Das Oppositionsbündnis Alianza-PLC/VCE, das aus den zur Wahl zugelassenen, oppositionellen Parteien bestand und somit Wahlbeobachter in die einzelnen Wahllokale schicken konnte, verfügt etwa in Leon über 94 Prozent der Kopien jener Wahllisten, die für jedes einzelne Wahllokal angefertigt und von allen offiziellen Wahlbeobachtern unterschrieben werden mussten. Die Auszählung dieser Wahllisten ergibt ein anderes Ergebnis als das vom Obersten Wahlrat veröffentlichte. Demnach würde nicht der Kandidat der FSLN (*Frente Sandinista de Liberación Nacional*) Bürgermeister von Leon, sondern jener der Opposition.

In Managua und anderen Städten ergibt sich dasselbe Bild. Am Morgen des Wahltages verfügten lediglich 70 Prozent der oppositionellen Wahlbeobachter über eine Zulassung, die anderen konnten das entsprechende Wahl-

lokal nicht betreten, in diesen Wahllokalen konnten die FSLN-Wahlleiter schalten und walten, wie es ihnen zupass kam. Es gab weiterhin Wahllokale, in denen Vertreter der Opposition zugelassen waren, aus denen sie jedoch hinausgeprügelt wurden, es gab Wahllokale, die frühzeitig geschlossen wurden oder in denen schamlos und offen gefälscht wurde,¹ deren offizielle Wahlakten jedoch von den oppositionellen Vertretern unterschrieben wurden, um überhaupt an eine Kopie zu kommen. Natürlich müssen die Wahlunterlagen zentralisiert werden, der Transport dieser Unterlagen lag in den Händen der FSLN, die Opposition hatte keine Kontrolle während dieses Transports. Einige Tage nach der Wahl berichtete die Tageszeitung *Nuevo Diario*, dass Müllsammelner auf Leons Müllberg säckeweise Wahlunterlagen gefunden hatten und die oppositionellen Parteien von ihrem Fund unterrichtet hatten. Diese stellten den Fund sicher, massenweise Wahlzettel, auf denen der Name des oppositionellen Kandidaten angekreuzt war, befanden sich darunter. Es versteht sich von selber, dass die Ortega-Regierung in Managua von vornherein weder externe Beobachter noch Vertreter interner kritischer Nichtregierungsorganisationen zu dieser Wahl zugelassen hatten.

Ein nicaraguanischer Bekannter – FSLN-Mitglied – schrieb uns auf die Frage, ob es stimmt, dass die Wahlen gefälscht worden seien: »Es sind immer die Ausreden der Rechten, wenn sie ihre Ziele nicht erreichen oder die Wahlen nicht gewinnen. Von Wahlfälschung reden sie schon vor der Wahl, da sie wissen, dass Ortega auf der Seite der armen Menschen steht und umgekehrt.«

Abgesehen davon, dass der Ortega-Clan längst zu den reichen Familien des Landes gehört, ist diese Antwort typisch: Die Beschuldigten gehen mit keinem Wort auf die Vorwürfe ein, sie ignorieren die erdrückende Be-

weislast, stattdessen schwadronieren sie von *den Rechten*, die mit Unterstützung der US-Imperialisten und der EU die Ortega-Regierung destabilisieren und ihr schließlich den Garaus machen wollen. Dabei waren die EU-Länder und insbesondere auch die US-Administration im Umgang mit der Ortega-Regierung während der letzten zwei Jahre äußerst duldsam. Trotz ständiger rhetorischer Ausfälle gegen die USA und auch zunehmend Europa, trotz verstärkter Anbiederung an Venezuelas Chavez, Irans Ahmadinedschad und Russlands Putin haben die westlichen Länder brav ihre Hilfgelder bezahlt, zumeist als *budget support*, also Gelder, die unmittelbar in den nicaraguanischen Haushalt flossen und mithin für die Geber unkontrollierbar wurden. Wenn jetzt der Geldfluss von der EU oder den USA gestoppt wird, so liegt der Grund in dieser Wahl und der zunehmenden Unterdrückung der Opposition. Bereits im Mai 2008 wurde den wichtigsten Oppositionsparteien MRS (*Movimiento Renovador Sandinista*), PC (*Partido Conservador*) sowie zwei kleineren Parteien – PAMUC (*Movimiento Unidad Costeña*) und PIM (*Partido Indígena Multiétnico*) – selbstherrlich vom Obersten Wahlrat (*Consejo Supremo Electoral* – CSE) die Möglichkeit entzogen, überhaupt an der Wahl teilzunehmen. Die alliierte Opposition hat vor und nach den Wahlen protestiert und demonstriert² und ist daraufhin von jugendlichen FSLN-Parteigängern mit Baseballschlägern, Macheten und selbst gebauten Schusswaffen angegriffen worden. Häuser und Autos von oppositionellen Politikern NGO-Vertretern wurden zerstört. Manche von ihnen fürchten um ihr Leben. Kritische Journalisten werden nach wie vor eingeschüchtert und regierungsunabhängige Organisationen verfolgt.³ Die gesamte Wahlvorbereitung und schließlich die Fälschung der Wahlergebnisse offenbaren, dass gesell-

schaftliche Konflikte in Nicaragua seitens der FSLN nicht mehr mit demokratischen, zivilen Mitteln ausgefochten werden.

Ortega wurde 2006 erneut Nicaraguas Präsident, seitdem haben die Verletzung demokratischer Spielregeln und die Missachtung demokratischer Institutionen enorm zugenommen. In fairen Wahlen hätte es Ortega schon damals nicht geschafft, die nötigen 45 Prozent der Stimmen waren für ihn unerreichbar. Also ließ er zuvor das Wahlgesetz ändern, seitdem reichen 35 Prozent. Bei der Änderung des Wahlgesetzes half ihm im Parlament die PLC von Arnoldo Alemán, Ex-Präsident, wegen Korruption verurteilt, aber noch immer Drahtzieher in der PLC.⁴

Ein wichtiges Projekt für Ortega und die FSLN stellt die »Direkte Demokratie« dar. Darunter versteht Ortega die unmittelbare Partizipation der Bürger unter Führung der FSLN. Kurz nach seinem Amtsantritt im Januar 2007 ließ er per Dekret die verfassungsfremden sogenannten *Consejos del Poder Ciudadano* (CPC, Bürgermächtsräte) als organisierte Basis der »direkten Demokratie« bilden. Über die CPCs soll von der Kommune aufwärts auf allen Ebenen eine »Kontrolle durch das Volk« über die staatlichen Organe ausgeübt werden. Bereits Ende Februar 2007 nahm Ortega auf dem FSLN-Parteitag den Bürgermeisterkandidaten das Versprechen ab, sich im Fall ihrer Wahl den Entscheidungen der CPCs zu unterwerfen. Kontrolliert und finanziert werden diese CPCs von der Regierung. Bildung, Organisation und Leitung der CPCs werden vom Rat für Kommunikation und Bürgerschaft (*Consejo de Comunicación y Ciudadanía*) als Instanz der Exekutive übernommen. Den Vorsitz dieses Rats hat Rosario Murillo, Ortegas Ehefrau. Die CPCs sind Transmissionsriemen des FSLN-Ehepaars Murillo/Ortega und der Versuch, unter seiner Führung parallele Machtstrukturen aufzubauen und gleichzeitig demokratische Institutionen zu unterminieren. In den CPCs halten sich folgerichtig fast ausschließlich FSLN-Parteigänger auf. Sie sind nach den Kommunalwahlen als Schlägertrupps eingesetzt worden.

Nebst Einschüchterung oppositioneller Kräfte fungieren die CPCs als Mittelverwalter der Sozialprojekte der Regierung auf kommunaler Ebene. *Cero Hambre* (Null Hunger), *Usuro Cero* (Null Wucher) und *Häuser für das Volk* etwa sollen die Armut mit Hilfe Venezuelas lindern. Die Finanzierung dieser Projekte läuft über den Öl-Deal zwischen Ortega und Chavez. Sechs der zehn Millionen Fass Öl, die Nicaragua jährlich verbraucht, kommen inzwischen



SZENEN AUS NICARAGUA Vor und nach den Wahlen am 9. November 2008 wurde die alliierte Opposition von jugendlichen FSLN-Parteigängern mit Baseballschlägern, Macheten und selbstgebauten Schusswaffen angegriffen. Auch der sandinistische Bürgermeisterkandidat Manuel Calderón schlug im Herbst des Jahres 2008 mit einem Knüppel auf Demonstranten des Oppositionsbündnisses Alianza-PLC/VCE und Polizisten ein (S.67). – Die Fotos auf diesen Seiten entnahmen wir unter anderem der Tageszeitung »La Prensa«. Sie zeigen eine Gruppe der jugendlichen Schlägerbanden (Foto: D. Nivia – oben) und Übergriffe auf einzelne Demonstranten wie die schwer verprügelte María Eugenia Picado (Foto: B. Picado – S. 67), Bezeichnend auch der Angriff auf das Firmenauto des privaten Fernsehsenders »Kanal 2«, der von den Ortegaisten ins Visier genommen wurde (oben). – Dass die jugendlichen Schläger auch noch T-Shirts mit der Aufschrift »AMOR« (aus dem FSLN-Präsidentschaftswahlkampf von 2006 mit den Parolen »Versöhnung« und »Liebe«) tragen, gehört zu den pikanten Einzelheiten dieser Aktionen.

zum verbilligten Preis aus Venezuela. »Venezuela tritt hier auf wie der reiche Verwandte, mit den Hosentaschen voller Geld«, sagt Néstor Avendaño – wirtschaftlicher Analyst der *Coordinadora Civil* und Mitarbeiter der Friedrich-Ebert-Stiftung. Das Geschäft mit dem Öl wird von einem Tochterunternehmen diverser nicaraguanischer und venezolanischer Firmen abgewickelt, und zwar völlig im Dunkeln. Über Verträge, die Verwendung und die Höhe der finanziellen Mittel gibt es keine Informationen. Sie tauchen auch nicht im Staatshaushalt auf. Sicher aber ist, dass Ortega und die FSLN Zugriff auf den erwirtschafteten Profit haben, denn die Verteilung eines Teils dieses Profits wird über die CPCs in den Sozialprojekten organisiert, und zwar nach Parteizuge-

hörigkeit. »Wer nicht mitmacht, geht leer aus. Entweder sind wir in der FSLN und in den CPCs oder wir sind draußen aus allen Förderstrukturen der Armutsbekämpfung und Produktionsunterstützung«, kritisieren Bauern aus La Ceiba, einer ländlichen Region von Leon, die Vorgehensweise der Regierung. Zudem gibt es »einfach zu viele Mittler, die die Gelder auf korrupte Weise verwalten«, sagt die Ex-Sandinistin Mónica Baltodano in einem Interview mit den *Lateinamerika-Nachrichten* (Juli/August 2008). Dabei ist aber nicht nur die Vergabe der Wohltaten an die Empfänger klientelistisch geregelt, auch öffentliche Ausschreibungen für die Projekte existieren nicht. Vielmehr profitieren von den Staatsaufträgen vor allem Firmen, die der Familie Ortega oder der FSLN



SZENEN AUS NICARAGUA So zeigt sich Ortega auf den Propagandaplakaten noch lange nach den Wahlen als der »maximo leader«: »Vorwärts, Arme der Welt« – und »Das Volk ist der Präsident, der Präsident ist das Volk«. – Foto: Clemens Krühler

nahe stehen. Bayardo Arce etwa ist nicht nur Wirtschaftsberater des Präsidenten, sondern zugleich Hauptegner von Agricorp, einem Unternehmen, das fast den gesamten Import und die Verteilung von Nahrungsmitteln im Land kontrolliert. Und die Werbeagentur, die für die flächendeckende Plakatierung Managuas mit Ortega-Porträts zuständig ist, gehört einem Verwandten des Präsidenten. »Es ist eine neue Art von Nepotismus«, urteilt Néstor Avendaño, »über den Ortega seine Klientel bei der Stange hält.«

Mit Antritt seiner Präsidentschaft hat Ortega die *casa presidencial* in das Parteigebäude der FSLN verlegt und damit die Parteizentrale der FSLN zum neuen Regierungssitz gemacht. Von dort übt er die Regierungsgeschäfte aus. Für ihn besteht zwischen dem Parteivorsitzenden und dem Regierungschef kein Unterschied. Die Trennung zwischen Partei und Staat existiert nicht. Ortega hat sein Politikverständnis der Achtzigerjahre in das neue Jahrtausend hinübergerettet.⁶ Seine Absicht, das Militär seiner eigenen Kontrolle zu unterstellen, nährt weitere Befürchtungen. Die Polizei, deren Chef Ortega als Staatspräsident bereits ist, wird derzeit umstrukturiert. Als neuer Polizeichef ist sein Schwager, der Bruder von Rosario Murillo, im Gespräch.

Der Oberste Gerichtshof, der Rechnungshof sowie der Oberste Wahlrat – der in der Verfassung Nicaraguas als vierte Gewalt festgelegt ist – sind keine unabhängigen Instanzen. Sie sind mit Parteiknechten der FSLN und PLC besetzt und handeln entsprechend dem Machtverhältnis zwischen beiden Parteien. Vom Rechtsstaat ist Nicaragua meilenweit entfernt. Die Rolle, die der Oberste Wahlrat bei den Kommunalwahlen spielte, ist jüngstes und beredtes Beispiel. Alle Eingaben, alle internen und externen Aufforderungen, die Wahlergebnisse unter unabhängiger Kontrolle erneut auszählen zu lassen, lehnte er ab.

Noch funktioniert die Pressefreiheit in Nicaragua halbwegs, doch auch die Medien sind ins Visier genommen. Die beiden großen Tageszeitungen Nicaraguas haben bislang eine informative, kritische und investigative Pressearbeit gemacht. Mittlerweile gibt es allerdings Repressionsmaßnahmen seitens der Regierung. Einschüchterung und Eigenzensur sind an der Tagesordnung. Journalisten berichten über Bedrohungen gegen sie selbst und gegen ihre Familien. Einige sehen sich dadurch veranlasst, keine kritischen Berichte mehr zu schreiben. Fernsehsender zensieren sich selber und fahren inzwischen einen moderaten Kurs, andernfalls droht ihnen Lizenzentzug. Stückweise unterminiert, beschädigt und zerstört Ortega die eh nur zart entwickelten Elemente der nicaraguanischen Demokratie.

Noch immer sind in den Städten riesige Stellwände mit seinem Abbild zu sehen. Die Plakate sind kurz nach dem Wahlsieg der FSLN im November 2006 aufgehängt worden. Ihre Grundfarbe ist pink und im Vordergrund des Bildes reckt Ortega die Faust, der Arm schon merklich schlaff und die Schultern hängen, als sei ihm selbst die Pose des revolutionären Füh-

ers längst unbehaglich. »Arriba los pobres del mundo!« – »Vorwärts, Arme der Welt!«, lautet der lächerliche Aufruf aus Managua. Oben links steht »El pueblo – el presidente«, in anderen Varianten heißt es »El pueblo – el presidente, el presidente – el Pueblo«, »Das Volk ist der Präsident, der Präsident ist das Volk«. Das lässt aufhorchen, unwillkürlich assoziiert man die Idee der »Volksgemeinschaft«. Doch Ortega steht nicht lupenrein in der Tradition europäischer Faschisten, gleichwohl zeigt er in seiner Regierungszeit verstärkt totalitäre Elemente, sowohl in seiner Ideologie als auch in seiner Staatsführung.⁷ Er ist ein Caudillo, der eine jener »populistischen« (halb faschistischen, halb sozialistischen) Bewegungen⁸ anführt, die immer wieder in der Geschichte Lateinamerikas vorkommen. Und der Zweck ist stets, auch zur Oligarchie des Landes gehören zu wollen oder Teile dieser Oligarchie zu ersetzen.

Es gibt derzeit niemanden in Nicaragua, der Ortega stoppen könnte. Die Oppositionellen sind zwar in der Mehrheit, doch uneins und zersplittert. Die militärische und polizeiliche Macht befindet sich in Ortegas Händen. Friedhofsruhe wird einkehren. Mag sein, dass die konservative PLC am Pakt mit Ortega⁹ festhält. Ein kleines Detail gibt vielleicht Aufschluss: Im Obersten Wahlrat sitzen auch PLC-Mitglieder. Bis auf einen hat niemand von Wahlbetrug geredet, obwohl doch auch ihre Partei durch den Wahlbetrug bei den Kommunalwahlen erheblich geschädigt worden ist. Gut möglich, dass sich die PLC ihr Wohlverhalten in der Wahlangelegenheit demnächst fürstlich bezahlen lässt, mit Pöstchen etwa, einem Straferlass für Arnold Alemán oder Ähnlichem, wie's halt so üblich ist – in Nicaragua. ◀

PS. Am 17. Januar meldet die nicaraguanische Tageszeitung »El Nuevo Diario«, dass der Oberste Gerichtshof Nicaraguas den ehemaligen Präsidenten Alemán in allen anhängenden Verfahren endgültig freigesprochen hat! Den Obersten Gerichtshof besetzen paritätisch Parteianhänger der FSLN und der PLC.

1 Uns liegen Kopien von Wahlakten vor, auf denen alle Stimmen als ungültig erklärt wurden, diese Wahlakten stammen aus Vierteln, deren Bevölkerung als Anti-Sandinisten bekannt sind.

2 Die nicaraguanische katholische Bischofskonferenz schreibt in einem offenen Brief zur Wahl: »Die Frustration ... basiert auf vielen Unregelmäßigkeiten, wie z. B.: die Aufhebung der Zulassung von Parteien; die Verzögerung der Wahleinschreibungen; die nicht rechtzeitige Ausgabe von Wahlausweisen; die Nichtzulassung nationaler und internationaler Wahlbeobachter; die frühe Schließung von Wahllokalen; der Rauswurf von Wahlhelfern; die Nichtübereinstimmung der von allen Wahlhelfern unterzeichneten Wahlergebnisse mit den vom CSE veröffentlichten Zahlen ... Diese Unregelmäßigkeiten delegitimieren die Wahl ... und bringen die demokratische Verfassung des Landes in Gefahr.« (*Nuevo Diario*, 12.11.08)

3 »Dr. Vilma Nunez, die Vorsitzende der bekannten nicaraguanischen Menschenrechtsorganisation »Centro Nicaragüense de Derechos Humanos« (CENIDH), und ihre Kolleginnen sind derzeit Zielscheibe einer Kampagne, die darauf abzielt, sie zu diskreditieren und ihre Arbeit bei CENIDH zu untergraben. Nach Auffassung von Amnesty International sind die Vorsitzende und die Mitglieder von CENIDH

in großer Gefahr.« (Aus einem Brief der Christlichen Initiative Romero e. V.: http://www.ci-romero.de/nicaragua_nein_zur_repression/)

4 Vgl. *Kommune* 6/06, S. 46.

5 Die Coordinadora Civil ist ein nicaraguanisches Netzwerk von ca. 350 Nichtregierungsorganisationen.

6 Ortega hatte zu keinem Zeitpunkt, auch nicht nach der Revolution von 1979, die Absicht, anstelle der somozistischen Diktatur eine demokratische Entwicklung einzuschlagen. Zeugnis davon liefert bereits der nachrevolutionäre Staatsaufbau. Die letzte Instanz, die über allen Institutionen des Staates unkontrolliert thronte und diese kommandierte, war die nationale Leitung der FSLN. Auch hier stand das Modell der »direkten Demokratie« bereits Pate, mit der Ortega und seine Entourage schließlich alle Kritiker innerhalb und außerhalb der FSLN aus dem politischen Machtzentrum verdrängte.

7 Mittlerweile sprechen viele in Nicaragua von bürgerkriegsähnlichen Zuständen und einer Diktatur und vergleichen Ortega mit Zimbabwes Mugabe.

8 Gerd Koenen: *Traumfuge der Weltrevolution*, Köln 2008, S. 47.

9 Ortega und Alemán haben 2000 einen Pakt geschlossen, der vorsah, auf immer die politische Macht zwischen beiden Parteien aufzuteilen. (S. *Kommune* 3/06)